



Brüssel, den 16. November 2018
(OR. en)

14226/18

**Interinstitutionelles Dossier:
2018/0138(COD)**

**TRANS 535
CODEC 1982**

BERICHT

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	ST 14136/18
Nr. Komm.dok.:	ST 9075/18 + ADD 1-3
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Straffung von Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung des transeuropäischen Verkehrsnetzes – Fortschrittsbericht

I. EINLEITUNG

Die Kommission hat am 17. Mai 2018 dem Europäischen Parlament und dem Rat den oben genannten Vorschlag vorgelegt, der Bestandteil des dritten Pakets "Europa in Bewegung" ist, mit dem die Mobilität in Europa sicherer, sauberer, effizienter und zugänglicher gestaltet werden soll.

Das Hauptziel des Vorschlags ist es, Genehmigungsvorschriften und andere Regulierungsverfahren zu vereinfachen, um die Vollendung des TEN-V zu erleichtern. Des Weiteren soll die Initiative für größere Klarheit bei den von Vorhabenträgern zu befolgenden Verfahren sorgen, insbesondere was Genehmigungsverfahren, die Vergabe öffentlicher Aufträge und andere Verfahren betrifft.

Das Hauptziel der vorgeschlagenen Verordnung soll dadurch erreicht werden, dass

- eine einzige zuständige Behörde auf nationaler Ebene eingerichtet wird ("einzige Anlaufstelle"), die für das gesamte Verfahren zuständig ist und als zentrale Anlaufstelle für Vorhabenträger und andere Investoren fungiert;
- Verfahren zusammengefasst werden, sodass sie zu einer einzigen umfassenden Entscheidung führen;
- Fristen für ein zweistufiges Verfahren mit einer Höchstfrist von drei Jahren festgelegt werden.

II. ARBEITEN IN DEN ANDEREN ORGANEN

Beim Europäischen Parlament wurde der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr als zuständiger Ausschuss für dieses Dossier bestimmt und Herr Dominique Riquet (ALDE, FR) als Berichterstatter benannt. Der Entwurf des Berichts liegt vor. Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI), der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) werden eine Stellungnahme zu dem Vorschlag abgeben.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat auf seiner Plenartagung vom 17. Oktober 2018 eine Stellungnahme verabschiedet. Der Ausschuss der Regionen wird voraussichtlich im Februar 2019 Stellung nehmen.

III. BERATUNGEN IN DEN VORBEREITUNGSGREMIEN DES RATES

Im Juni 2018 wurde in zwei Sitzungen der Gruppe "Intermodaler Verkehr und Vernetzung" der Vorschlag vorgestellt und die Folgenabschätzung wurde geprüft. Der Vorsitz hat zwei Sitzungen im Juli der Prüfung der einzelnen Artikel des Vorschlags gewidmet.

Ein erster Kompromissvorschlag des Vorsitzes (siehe Anlage) wurde der Gruppe am 5. Oktober 2018 vorgelegt. In dem Kompromiss des Vorsitzes ging es in erster Linie darum, den vorliegenden Vorschlag an bestimmte ähnliche Bestimmungen der Verordnung zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur¹ anzugleichen. Der Vorschlag des Vorsitzes wurde von den Mitgliedstaaten zwar als erster Schritt in die richtige Richtung begrüßt, konnte jedoch nicht alle in der Gruppe geäußerten Bedenken ausräumen.

IV. BEI DER PRÜFUNG VORGEBRACHTE BEMERKUNGEN

Allgemeine Bemerkungen

Bei den ersten Beratungsrunden hat der Vorschlag gemischte Reaktionen der Mitgliedstaaten hervorgerufen. Alle Mitgliedstaaten begrüßten das Ziel des Vorschlags, die durch die Genehmigungsverfahren entstehenden Verzögerungen abzubauen und das TEN-V-Netz ohne unnötige Verzögerungen bis 2030 umzusetzen. Einige Mitgliedstaaten wiesen jedoch darauf hin, dass die in dem Verordnungsentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen nicht ausreichen, um das Hauptziel des Vorschlags zu erreichen, und in einigen Fällen sogar dazu führen könnten, dass sich Fortschritte noch weiter verzögern.

Im Einzelnen äußerten mehrere Mitgliedstaaten Bedenken hinsichtlich der Einrichtung einer einzigen zuständigen Behörde auf nationaler Ebene, die für die Genehmigungsverfahren zuständig ist. Sie warfen die Frage auf, wie diese Bestimmung in den Mitgliedstaaten praktisch umgesetzt werden könnte und welche Auswirkungen sie auf lokale und regionale Behörden im Hinblick auf Finanzierung und Arbeitsbelastung hätte. Der Kompromisstext des Vorsitzes, in dem vorgesehen ist, dass bestehende Behörden auf geeigneter Verwaltungsebene die einzige zuständige Behörde werden können, wurde als Schritt in die richtige Richtung gewertet.

¹ Verordnung (EU) Nr. 347/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1364/2006/EG und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 713/2009, (EG) Nr. 714/2009 und (EG) Nr. 715/2009, (ABl. L 115 vom 25.4.2013, S. 39).

Eine Reihe von Mitgliedstaaten bezweifelten ferner, dass der Vorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Sie wiesen darauf hin, dass die Zusammenfassung von Genehmigungsverfahren und die Einführung einer einzigen Behörde, die für die Genehmigungsverfahren zuständig ist, die nationale Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, ihre nationalen Behörden und Verfahren zu strukturieren und zu organisieren, einschränkt und damit die Möglichkeiten der Beschlussfassung auf nationaler Ebene schmälert. Einige Delegationen hoben ferner hervor, dass die vorgeschlagenen integrierten Planungs- und Genehmigungsverfahren sich als kontraproduktiv erweisen könnten: sie könnten Fortschritte noch weiter verzögern, anstatt sie zu fördern und könnten zu weniger kosteneffizienten Entscheidungen führen, da lokale und regionale Gegebenheiten und Finanzierungsmöglichkeiten in geringerem Umfang berücksichtigt würden.

Bei der Prüfung der Folgenabschätzung warfen mehrere Mitgliedstaaten in Bezug auf die empfohlene Option 2 die Frage auf, ob das gewählte Rechtsinstrument in seiner Art geeignet ist. Nach ihrer Auffassung könnten europaweit einheitliche Vorschriften auch durch eine andere Art von Rechtsinstrument erreicht werden, zum Beispiel durch eine Richtlinie oder durch Leitlinien, die den Mitgliedstaaten ausreichend Flexibilität zur Umsetzung der Maßnahmen ließen.

Und schließlich waren einige Mitgliedstaaten der Auffassung, dass diejenigen Faktoren, die die größten Verzögerungen bei der Umsetzung von Infrastrukturvorhaben verursachen – wie Grunderwerb, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Rechtsbehelfe von NRO und technische oder finanzielle Probleme – bei der Folgenabschätzung nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Bemerkungen zu einzelnen Fragen

a) Anwendungsbereich (Artikel 1)

Nach Auffassung einiger Mitgliedstaaten ist der Anwendungsbereich des Verordnungsentwurfs zu breit gefasst und nicht spezifisch genug. Sie möchten den Anwendungsbereich auf grenzübergreifende Vorhaben oder Vorhaben mit einem bestimmten finanziellen Schwellenwert begrenzen. Dagegen sprachen sich einige andere Mitgliedstaaten für eine Ausweitung des Anwendungsbereichs aus, um Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das TEN-V-Gesamtnetz betreffen, einzuschließen. Diesen Vorschlag lehnten wiederum andere Mitgliedstaaten ab. Ferner möchten einige wenige Mitgliedstaaten den Anwendungsbereich auf grenzübergreifende Vorhaben mit Drittländern ausdehnen.

Der Kompromisstext des Vorsitzes, der vorsieht, dass die Mitgliedstaaten den Anwendungsbereich fakultativ auf Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das TEN-V-Gesamtnetz betreffen, ausdehnen können, wurde positiv aufgenommen.

b) Zusammenfassung von Genehmigungsverfahren (Artikel 4)

Das von der Kommission vorgeschlagene Konzept der "umfassenden Entscheidung" stößt bei vielen Mitgliedstaaten auf Bedenken. Zahlreiche Mitgliedstaaten sind der Ansicht, dass dies wohl eine allzu komplexe Entscheidung ist, bei der eine Straffung zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden sehr schwierig wäre. Es wurde ferner gebeten zu präzisieren, was die umfassende Entscheidung genau beinhalten soll, zum Beispiel ob Umweltverträglichkeitsprüfungen oder Raumplanung dazu gehörten.

Der Kompromisstext des Vorsitzes, in dem die umfassende Entscheidung so angepasst wurde, dass sie einem koordinierten Ansatz entspricht, wurde von einigen Mitgliedstaaten positiv aufgenommen, andere hielten den Text aber für unzureichend.

c) Einzige zuständige Genehmigungsbehörde (Artikel 5)

Generell haben die Mitgliedstaaten Bedenken hinsichtlich der Benennung einer einzigen Stelle "auf höherer Ebene", die mehr Autorität und Entscheidungsbefugnis als andere an dem Verfahren beteiligte Stellen hätte. Da Verkehrsvorhaben sehr unterschiedlich sind, was Größe, Art und Ortanbelangt, hängt die Wahl der zuständigen Behörden davon ab, welche spezielle Genehmigung beantragt wird, sowie vom entsprechenden Ort, da Fachwissen und Kompetenz bei verschiedenen Behörden liegen. Deshalb könnte die vorgeschlagene Struktur zu Zuständigkeitskonflikten in Fällen führen, in denen mehr als ein Ministerium und/oder mehr als eine Entscheidungsebene auf lokaler oder nationaler Ebene beteiligt ist. Deshalb fordern die Mitgliedstaaten mehr Flexibilität. Einige Mitgliedstaaten zeigten sich bereit, die Funktion einer einzigen zuständigen Stelle zu erörtern, die Koordinierungsaufgaben übernehmen könnte und die die verschiedenen Genehmigungen von den verschiedenen nationalen Behörden mit unterschiedlichen Kompetenzen sammeln würde.

Der Kompromisstext des Vorsitzes, in dem die einzige zuständige Behörde die Form einer zentralen Anlaufstelle bekommt und auf einem eher koordinierten als integrierten Ansatz beruht, wurde von einigen Mitgliedstaaten unterstützt, während andere nachdrücklich mehr Flexibilität verlangten.

d) Dauer und Durchführung des Genehmigungsverfahrens (Artikel 6)

Nach Auffassung der meisten Mitgliedstaaten sind die vorgeschlagenen Fristen für die Durchführung der Verfahren zu kurz, insbesondere die Frist für den Vorantragsabschnitt (zwei Jahre). Ferner halten zahlreiche Mitgliedstaaten den Artikel für zu detailliert, und es wurde bezweifelt, dass eine einheitliche Frist angesichts der Komplexität und Unterschiedlichkeit von Verkehrsvorhaben wirksam funktionieren könnte.

Einige Mitgliedstaaten verbanden die Frage der Fristen mit der Frage, welche Verfahren zu dem Prozess für die Erlangung der Genehmigungen im Rahmen einer einzigen Stelle gehören. In diesem Kontext sprachen sich einige Mitgliedstaaten dafür aus, bestimmte Verfahren im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Antragsunterlagen für Vorhaben (d.h. Raumplanung und Umweltverträglichkeitsprüfung usw.) nicht in das Genehmigungsverfahren einzubeziehen, da dies langwierige Verfahren sind und mit großer Wahrscheinlichkeit zu Verzögerungen führen, sodass es nur schwer oder überhaupt nicht möglich wäre, die vorgeschlagene Frist einzuhalten.

Es hat sich gezeigt, dass noch weitere Arbeiten zur Klärung und Vereinfachung insbesondere der Artikel 5 und 6 notwendig sind, um Fortschritte bei diesem Dossier zu erzielen.

V. FAZIT

Die oben dargelegten Fragen bilden wohl die zentralen Elemente des Vorschlags und haben deshalb zu ausführlichen Debatten in der Gruppe geführt. Diese Fragen müssen unter dem künftigen Vorsitz behandelt werden, damit weitere Fortschritte und eine Einigung über dieses Dossier erzielt werden können.

Vor diesem Hintergrund werden der Ausschuss der Ständigen Vertreter und der Rat ersucht, die bei der Prüfung der vorgeschlagenen Verordnung erzielten Fortschritte zur Kenntnis zu nehmen.

Proposal for a
REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL
on streamlining measures for advancing the realisation of the trans-European transport
network

THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union, and in particular Article 172 thereof,

Having regard to the proposal from the European Commission,

After transmission of the draft legislative act to the national parliaments,

Having regard to the opinion of the European Economic and Social Committee²,

Having regard to the opinion of the Committee of the Regions³,

Acting in accordance with the ordinary legislative procedure,

Whereas:

² OJ C , , p. .

³ OJ C , , p. .

- (1) Regulation (EU) No 1315/2013 of the European Parliament and of the Council⁴ sets out a common framework for the creation of state-of-the-art, interoperable networks for the development of the internal market. The trans-European transport networks (TEN-T) have a dual layer structure: the comprehensive network ensures connectivity of all regions of the Union whereas the core network consists of those elements of the network which are of the highest strategic importance for the Union. Regulation (EU) No 1315/2013 defines binding completion targets for implementation, with the core network to be completed by 2030 and the comprehensive network by 2050.
- (2) Notwithstanding the necessity and binding timelines, experience has shown that many investments aiming to complete the TEN-T are confronted with complex permit granting procedures, cross-border procurement procedures and other procedures. This situation jeopardises the on time implementation of projects and in many cases results in significant delays and increased costs. In order to address these issues and make synchronised TEN-T completion possible,, harmonised action is necessary at Union level.
- (3) In the legal frameworks of many Member States priority treatment is given to certain project categories based on their strategic importance for the economy. Priority treatment is characterised by shorter timelines, simultaneous procedures or limited timeframes for appeals while ensuring that the objectives of other horizontal policies are also reached. When such a framework exists within a national legal framework, it should automatically apply to Union projects recognised as projects of common interest under Regulation (EU) No 1315/2013.

⁴ Regulation (EU) No 1315/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on Union guidelines for the development of the trans-European transport network and repealing Decision No 661/2010/EU (OJ L 348, 20.12.2013, p. 1).

- (4) In order to improve the effectiveness of the environmental assessments and streamline the decision-making process , where the obligation to carry out assessments related to environmental issues of core network projects arises simultaneously from Directive 2011/92/EU, as amended by Directive 2014/52/EU, and from other Union legislation such as Directive 92/43/EEC, Directive 2009/147/EC, Directive 2000/60/EC, Directive 2008/98/EC, Directive 2010/75/EU, Directive 2012/18/EU and Directive 2011/42/EC, Member States should ensure that a joint procedure fulfilling the requirements of these Directives is provided.
- (5) Core network projects should be supported by integrated permit granting procedures to make clear management of the overall procedure possible and to provide a single entry point for investors. Member States should designate a competent authority in accordance with their national legal frameworks and administrative set-ups.
- (6) The establishment of a single competent authority at national level integrating all permit granting procedures (one-stop shop) should reduce the complexity, improve the efficiency and increase the transparency of the procedures. It should also enhance the cooperation between Member States where appropriate. The procedures should promote a real cooperation between investors and the single competent authority and should therefore allow for the scoping in the pre-application phase of the permit granting procedure. Such scoping should be integrated in the detailed application outline and follow the procedure set out in Article 5(2) of 2011/92/EU, as amended by Directive 2014/52/EU.
- (7) The procedure set out by this Regulation should be without prejudice to the fulfilment of the requirements defined in the international and Union law, including provisions to protect the environment and human health.
- (8) Given the urgency to complete the TEN-T core network, the simplification of permit granting procedures should be accompanied by a time limit within which competent authorities responsible should make a [...] **consolidated** decision regarding the construction of the project. This time limit should stimulate a more efficient handling of procedures and should, under no circumstances, compromise the Union's high standards for environmental protection and public participation.

- (9) Member States should endeavour to ensure that appeals challenging the substantive or procedural legality of a [...] **consolidated** decision are handled in the most efficient way possible.
- (10) Cross-border TEN-T infrastructure projects face particular challenges as regards the coordination of permit granting procedures. The European Coordinators should be empowered to monitor these procedures and facilitate their synchronisation and completion.
- (11) Public procurement in cross-border projects of common interest should be conducted in accordance with the Treaty and Directives 2014/25/EU and/or 2014/24/EU. In order to ensure the efficient completion of the cross-border core network projects of common interest, public procurement carried out by a joint entity should be subject to a single national legislation. By way of derogation from the Union public procurement legislation, the applicable national rules should in principle be those of the Member State where the joint entity has its registered office. It should remain possible to define the applicable legislation in an intergovernmental agreement.
- (12) The Commission is not systematically involved in the authorisation of individual projects. However, in some cases, certain aspects of the project preparation are subject to clearance at Union level. Where the Commission is involved in the procedures, it will give priority treatment to the Union projects of common interest and ensure certainty for project promoters. In some cases State aid approval might be required. In line with the Best Practice Code for the conduct of State aid control procedures, Member States may ask the Commission to deal with projects of common interest on the core network of the TEN-T they consider to be of priority with more predictable timelines under the case portfolio approach or the mutually agreed planning.

- (13) The implementation of infrastructure projects on the TEN-T core network should be also supported by Commission guidelines that bring more clarity as regards the implementation of certain types of projects while respecting the Union acquis. For example the Action Plan for nature, people and the economy⁵ foresees such guidance to bring more clarity in view of respecting the Birds and Habitats Directives. Direct support related to public procurement should be made available for projects of common interests to ensure the best value for public money⁶. Additionally, appropriate technical assistance should be made available under the mechanisms developed for the Multi-Annual Financial Framework 2021-2027, with the aim of providing financial support for TEN-T projects of common interest.
- (14) Since the objectives of this Regulation cannot be sufficiently achieved by the Member States and can therefore, by reason of the need for coordination of those objectives, be better achieved at Union level, the Union may adopt measures in accordance with the principle of subsidiarity as set out in Article 5 of the Treaty on European Union. In accordance with the principle of proportionality, as set out in that Article, this Regulation does not go beyond what is necessary in order to achieve those objectives.
- (15) For reasons of legal certainty, the administrative procedures which started prior to the entry into force of this Regulation should not be subject to the provisions of this Regulation.

HAVE ADOPTED THIS REGULATION:

⁵ COM(2017) 198 final.

⁶ COM(2017) 573 final

CHAPTER I GENERAL PROVISIONS

Article 1

Subject matter and scope

- 1.** This Regulation sets out requirements applicable to the administrative procedures followed by the competent authorities of Member States in relation to the authorisation and implementation of all projects of common interest on the core network of the trans-European transport network.
- 2. Member States may decide to extend the application of this regulation to projects of common interest on the comprehensive network of the trans-European transport network.**

Article 2

Definitions

For the purposes of this Regulation, the definitions set out in Regulation (EU) No 1315/2013 shall apply. The following definitions shall also apply:

- (a) "[...] **consolidated** decision" means the decision [...] by a Member State authority or authorities **adopted accordingly to its national legal or administrative system**, not including courts or tribunals, that determines whether or not a project promoter is to be granted authorisation to build the transport infrastructure needed to complete a project without prejudice to any decision taken in the context of an administrative appeal procedure;
- (b) "permit granting procedures" means every procedure that has to be followed or step that has to be taken [...] **as required by** the authorities of a Member State, under Union or national law, before the project promoter can implement the project, **not including procedures for the award of public procurements**;

(b)(i) "Project of common interest" means a project according to Article 3(a) of Regulation (EU) No 1315/2013.

- (c) "Project promoter" means the applicant for authorisation for a [...] project or the public authority which initiates a project";
- (d) "single competent authority" means **an existing or newly established** [...] authority, **identified by a Member State at the appropriate administrative level for each project or category of projects of common interest,** which [...] **acts as a “one-stop shop” and is** [...] responsible for performing the duties arising from this Regulation;
- (e) "Cross-border project of common interest" means a project of common interest according to Article 7 of Regulation (EU) No 1315/2013 covering a cross-border section as defined in point (m) Article 3 of that Regulation which is implemented by a joint entity.

CHAPTER II – PERMIT GRANTING

Article 3

‘Priority status’ of projects of common interest

1. Each project of common interest on the TEN-T core network shall be subject to an integrated permit granting procedure [...] **run** by a single competent authority [...] **identified** by each Member State in accordance with Articles 5 and 6.
2. Where priority status exists under national law, projects of common interest shall be granted the status with the highest national significance possible, and be treated as such in permit granting procedures, where and in the manner such treatment is provided for in national legislation applicable to the corresponding types of transport infrastructure.
3. To ensure efficient [...] **permit granting** procedures related to projects of common interest, project promoters and all authorities concerned shall ensure that the most rapid treatment legally possible is given to these projects, including as regards the resources allocated.

Article 4

Integration Coordination of permit granting procedures

1. In order to meet the time limits set out in Article 6 and reduce the administrative burden related to **the authorisation and the** completion of projects of common interest, all the [...] **permit granting** procedures resulting from the applicable law, both national and of the Union, shall be [...] **coordinated** and result in [...] one [...] **consolidated** decision.
2. In the case of projects of common interest for which the obligation to carry out assessments of the effects on the environment arises simultaneously from Directive 2011/92/EU of the European Parliament and of the Council and other Union law, Member States shall ensure that joint procedures within the meaning of Article 2(3) of Directive 2011/92/EU are provided for.

Article 5

Single competent Organisation of the permit granting authority process

1. [...] **E**[...]ach Member State shall [...] **ensure that a** [...] single competent authority [...] **is** responsible for facilitating [...] permit granting [...] **procedures for a project of common interest** including for making the [...] **consolidated** decision.
2. **Each Member State may entrust t**[...]he responsibility of the single competent authority referred to in paragraph 1 and/or the tasks related to it [...] to an **existing or newly established** [...] authority at the appropriate administrative level, per project of common interest, **per geographical area** or per particular category of projects of common interest, [...] **provided that**[...]

[...] only one authority is responsible per project of common interest, [...]

[...] is the sole point of contact for the project promoter in the procedure leading to the [...] **consolidated** decision for a given project of common interest, and

[...] coordinates the submission of all relevant documents and information.

The single competent authority may retain the responsibility to establish time limits, without prejudice to the time limits set in accordance with Article 6.

[...]

3. By 1 January 2021, each Member State shall take the suitable measures in accordance with its national legal system to identify the single competent authority, where relevant at the appropriate administrative level and per category of projects of common interests. This information shall be made available to project promoters, to the neighbouring Member States and to the European Commission.
- 3(a) The single competent authority shall issue the consolidated decision within the time limits specified in Article 6.
- 3(b) The consolidated decision comprises multiple individual legally binding decisions issued simultaneously or successively by several authorities concerned, including the decision resulting from the joint procedures referred to in Article 4(2), which shall be coordinated by the single competent authority.
- 3(c) The single competent authority shall, in consultation with the other authorities concerned, where applicable in accordance with national law, and without prejudice to time limits set in accordance with Article 6, establish on a case-by-case basis a reasonable time limit within which the individual decisions shall be issued.
- 3(d) The single competent authority may take an individual decision on behalf of another national authority concerned, if the decision by that authority is not delivered within the time limit and if the delay cannot be adequately justified; or, where provided under national law, and to the extent that this is compatible with Union law, the competent authority may consider that another national authority concerned has either given its approval or refusal for the project if the decision by that authority is not delivered within the time limit. Where provided under national law, the competent authority may disregard an individual decision of another national authority concerned if it considers that the decision is not sufficiently substantiated with regard to the underlying evidence presented by the national authority concerned.
4. When taking the [...] **consolidated** decision, the single competent authority shall ensure that the relevant requirements under **national**, international and Union law are respected and shall duly justify its decision.

5. If a project of common interest requires decisions to be taken in two or more Member States, the respective competent authorities shall take all the necessary steps for efficient and effective cooperation and coordination among themselves. Without prejudice to obligations arising under applicable Union and international law, Member States shall endeavour to provide for joint procedures, particularly with regard to the assessment of environmental impacts.
- 6. The single competent authority may also be entrusted with tasks related to the coordination and the authorisation, in compliance with Union and national legislation, of specific projects of common interest aiming at the reconstruction of infrastructure on the core network of the trans-European transport network in the case of natural or man-made disasters.**

Article 6

Duration and implementation of the permit granting procedure

1. The permit granting procedure shall consist of the pre-application phase and the phase of the assessment of the application and the decision-making by the single competent authority.
2. The pre-application phase, covering the period from the start of the permit granting procedure to the submission of the complete application file to the single competent authority, shall in principle not exceed [two] years.

2(a) The pre-application phase shall include the preparation of any environmental reports to be prepared by the project promoter. Preliminary studies and preparatory assessments may nevertheless start or be carried out before the pre-application phase to ensure the maturity of the notified project.

3. In order to launch the permit granting procedure, the project promoter shall notify the single competent authority of the Member States concerned about the project in writing, and shall include a detailed description of the project. No later than [...] **three** months following the receipt of the above notification, the single competent authority shall either acknowledge it or, if it considers that the project is not mature enough to enter the permit granting procedure, reject the notification in writing. If the single competent authority decides to reject the notification, it shall justify its decision. The date of signature of the acknowledgement of the notification by the competent authority shall serve as the start of the permit granting procedure. If two or more Member States are concerned, the date of the acceptance of the last notification by the competent authority concerned shall serve as the date of the start of the permit granting procedure.
4. Within three months of the start of the permit granting procedure, the single competent authority, in close cooperation with the project promoter and other authorities concerned and taking into account the information submitted by the project promoter on the basis of the notification referred to in paragraph 3, shall [...] **provide** the project promoter **with** a detailed application outline, containing:
- (a) the material scope and level of detail of information to be submitted by the project promoter, as part of the application file for the [...] **consolidated** decision
 - (b) a schedule for the permit granting process, identifying at least the following:
 - (i) the **permits**, decisions and opinions to be obtained;
 - (ii) the authorities[...] **and** stakeholders [...] to be concerned, **including the formal phase of the public consultation**;
 - (iii) the individual stages of the procedure and their [...] **expected time limits**;
 - (iv) major milestones to be accomplished and their deadlines in view of the [...] **consolidated** decision to be taken;
 - (v) the resources planned by the authorities and possible additional resource needs.

5. In order to ensure that the application file is complete and of adequate quality, the project promoter shall seek the single competent authority's opinion on its application as early as possible during the pre-application procedure. The project promoter shall cooperate fully with the single competent authority to meet deadlines and comply with the detailed application outline as defined in paragraph 4.
6. The project promoter shall submit the application file based on the detailed application outline within the period of [...] **24** months from the receipt of that detailed application outline. **The single competent authority, based on the characteristics of the project, analyses to be made or public to be consulted, in duly justified cases can determine a longer period for the submission of the application file.** After the expiry of [...] **the period for the submission of the application file**, the detailed application outline is no longer considered applicable, unless the single competent authority decides to prolong that period, on the basis of a justified request from the project promoter.
7. At the latest within the period of two months from the date of submission of the complete application file, the competent authority shall acknowledge in writing the completeness of the application file and communicate it to the project promoter. The application file submitted by the project promoter shall be considered as being complete, unless, within the period of two months from the date of submission, the competent authority makes a request regarding missing information to be submitted by the project promoter. That request shall be limited, as regards the material scope and level of detail, to the elements identified in the detailed application outline. Any additional request for information shall only result from exceptional and unforeseen new circumstances and shall be duly justified by the single competent authority.
8. The single competent authority shall assess the application and adopt a [...] **consolidated** decision within the period of one year from the date of submission of the complete application file in accordance with paragraph 7. Member States may set an earlier time-limit, where appropriate.

9. The time limits in the above provisions shall be without prejudice to obligations arising from Union and international legal acts, as well as to administrative appeal procedures and judicial remedies before a court or tribunal.

Article 7

Coordination of cross-border permit granting procedure

1. For projects that involve two or more Member States, the competent authorities of the Member States concerned shall align their timetables and agree on a joint schedule.
2. The European Coordinator referred to in Article 45 of Regulation (EU)² No 1315/2013 shall be empowered to [...] facilitate contacts between the involved competent authorities **in the context of the permit granting procedure for cross-border projects of common interest**.
3. Without prejudice to the obligation to comply with the time limits under this Regulation, if the time-limit for the [...] **consolidated** decision is not observed, [...] **the European Coordinator concerned shall be informed by the Member States** concerned about the measures taken or to be taken to conclude the permit granting procedure with the least possible delay. The European Coordinator may request the competent authority to regularly report on progress achieved.

CHAPTER III PUBLIC PROCUREMENT

Article 8

Public Procurement in cross-border projects of common interest

1. Public procurement in cross-border projects of common interest shall be conducted in accordance with the Treaty and Directives 2014/25/EU and/or 2014/24/EU.
2. In case the procurement procedures are conducted by a joint entity set up by the participating Member States, that entity shall apply the national provisions of one of those Member States and, by way of derogation from these Directives, those provisions shall be the provisions determined in accordance with point (a) of Article 57(5) of Directive 2014/25/EU of the European Parliament and of the Council or point (a) of Article 39(5) of Directive 2014/24/EU of the European Parliament and of the Council, as applicable, unless an agreement between the participating Member States provides otherwise. Such an agreement shall in any case provide for the application of a single national legislation in case of the procurement procedures conducted by a joint entity.

CHAPTER IV TECHNICAL ASSISTANCE

Article 9

Technical assistance

On the request of a project promoter or Member State, in accordance with the relevant Union funding programmes and without prejudice to the Multi-Annual Financial Framework, the Union shall make available technical assistance for the implementation of this Regulation and the facilitation of the implementation of projects of common interest.

CHAPTER V FINAL PROVISIONS

Article 10

Transitional provisions

This Regulation shall not apply to the [...] **permit granting** procedures which started before the date of its entry into force.

Article 11

Entry into force

This Regulation shall enter into force on the twentieth day following that of its publication in the Official Journal of the European Union.

Chapter II of this Regulation shall apply from 1 January 2021. Ongoing procurement procedures will be completed on the basis of the legal position applicable on 31 December 2020.

This Regulation shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.

Done at Brussels,

For the European Parliament *For the Council*

The President *The President*
